

PIERO ESTERIORE, SCHWEIZER EX-MUSICSTAR, IST NUN BEI «BIG BROTHER» AUF RTL ZU SEHEN

## Figaro auf der Flucht vor sich selbst

Von Thomas Widmer

Gestern Abend ist Piero Esteriore im «Big Brother»-Haus des deutschen Privat-TV-Senders RTL 2 eingezogen. Wie es ihm im sogenannten TV-Knast ergeht, darüber wird eventuell noch zu berichten sein. Grundsätzlich ist der 31-jährige Schweizer sizilianischer Herkunft samt seiner sechsjährigen Medienkarriere schnell erklärt: Es handelt sich um einen Coiffeur, der partout nicht Coiffeur sein möchte.

Nein, Esteriore will nicht, was ihm vorgegeben ist: im Laufental BL seinen Salon, den zwischenzeitlich der Bruder übernommen hat, beharrlich führen. Der fünfjährigen Alessia ein geduldiger Vater sein. Und eine neue Beziehung aufbauen, nachdem jene mit Alessias Mutter Sandrine beendet ist.



«Ich bin Künstler und mache, was ich will. Entweder akzeptiert sie das, oder sie muss es sein lassen», gab er Sandrine den Tarif durch. Wenn er nur ein erfolgreicher Künstler wäre! Warum geht das nicht mit Esteriore und der Realität? Weil er von seinen Träumen auch im Scheitern nicht lässt.

Zuvorderst ist da die Vision vom Sänger. Sie trieb ihn 2003 ins Schweizer Fernsehen zu «MusicStar». Das Land erlebte ein Jung-Original. Esteriore gab mal den Herzensbrecher à la Drupi, mal die Leder-Rockröhre à la Zucchero. Er hatte dieses überdrehte Grinsen und sah auch aus wie einer, der Autos klaut für nächtliche Joyrides. Er war weniger Macho als spitzbübische Macho-Parodie. Etwas James Dean paarte sich mit viel Italianità.

Letztlich reichte

es trotzdem nur zu Platz drei. Und nach der Castingshow hatte ihn das wahre Popbusiness. «Switzerland, zero points» hiess am Eurovision Song Contest in Istanbul 2004 das Verdikt zu «Celebrate!». Null Punkte erhielt das Allerweltslied mit drögen Zeilen wie: «Clap your hands, oh clap your hands, everybody just clap your hands, clap your hands, oh clap your hands, have a wonderful time». Die Plattenfirma Universal Music trennte sich von Esteriore. Dieser musste den ersten Auftritt mit eigener Band in Bärschwil SO absolvieren, am Thiersteiner Bezirksmusikfest.

Verlierer aller Disziplinen landen hierzulande im Sammelbecken der Cervelat-Promis. Für sie gibt es immer eine Verwendung. Esteriore tauchte in der Fussball-Dokussoap «Der Match» des Schweizer Fernsehens auf. Gross in die Schlagzeilen geriet er ein Jahr später. 2007 lud er zum 30. Geburtstag ins Zürcher Ristorante Napoli ein. Der «Blick» karikierte den Familienanlass in einem Artikel als Mafiatreffen. Daraufhin rammte der Heissblüter mit seinem Mercedes

das Ringier-Pressehaus. Das Schlimme daran: Obwohl Esteriore im Foyer des Hauses auch noch eigene CDs verstreute, bevor die Polizei ihn kassierte, schaffte es das Album «Io vivo» in der Einstiegswoche bloss auf Platz 34 der Schweizer Hitparade. Und stürzte nachher ins Nichts.

Jeder andere hätte kapituliert. Esteriore aber, der in Interviews sympathischerweise seine Flops stets zugibt, um sie dann in einer ausgewogenen Melange von maskulinem Stolz und verzweifelter Frohsinn wegzulachen, zog sich nicht zurück. Esteriore hat sich seither mit allerlei Kleinaktivität durchgeschlagen. Und jetzt ist er also im «Big Brother»-Haus angekommen. 1000 Euro Gage pro Monat soll er bekommen, das ist elend wenig. Immerhin kann er «Io vivo» in Deutschland und Österreich lancieren.

Vielleicht wird er ja doch ein Star, wer weiss? Fest steht durch seine Teilnahme an «Big Brother» mit diversen Desperadogestalten: Piero Esteriore distanziert sich noch stärker von der ihm zugeteilten Existenz als Figaro im Laufental.

ZU FRANKREICHS RÜCKKEHR IN DIE NATO

## Das Ende eines langen Irrwegs

Von Jacqueline Hénard, Paris

Heute steht in Paris ein wichtiges Thema auf der Tagesordnung der Nationalversammlung: Frankreichs Rückkehr in die integrierten Kommandostrukturen der Nato. Der Gründervater der Fünften Republik, Staatspräsident Charles de Gaulle, hatte seinem amerikanischen Amtskollegen Johnson, mit dem er sich herzlich schlecht verstand, im März 1966 den Auszug aus den Militärorganen des westlichen Verteidigungsbündnisses mitgeteilt. De Gaulles sozialistischer Gegenspieler François Mitterrand verurteilte den Rückzug als «nationalistisch-populistischen Krämergeist».

43 Jahre danach gerieren sich die Sozialisten, als ob Staatspräsident Nicolas Sarkozy, der sich als Nachfolger de Gaulles versteht, die Unabhängigkeit der Nation aufs Spiel setzte: Die Entscheidung sei ein «Fehler», der den Zusammenhalt des Landes gefährde, sagt Mitterrands ehemaliger Premierminister Laurent Fabius, der heute Dienstag die Position der Sozialistischen Partei vortragen wird.

Grosses Missfallen

Auch in Sarkozys eigener Partei ist das Missfallen an der bevorstehenden Rückkehr gross. Prominente Figuren der mittleren Generation, so die früheren Premierminister Alain Juppé und Dominique de Villepin, sind aus symbolischen oder strategischen Gründen offen gegen den Schritt. Im Umfeld des Präsidenten hält man die innerparteiliche Opposition für so stark, dass die

Abstimmung am Ende der Debatte mit der Vertrauensfrage für den gegenwärtigen Premierminister François Fillon verbunden wird. In der französischen Öffentlichkeit ist der Widerstand weniger stark, als die teilweise heftigen Äusserungen der Volksvertreter vermuten lassen könnten: Laut jüngsten Meinungsumfragen sind 52 Prozent der Franzosen für die Nato-Vollmitgliedschaft ihres Landes. Ein paar Prozentpunkte mögen dem neuen amerikanischen Staatspräsidenten Obama gelten, den die Franzosen jedenfalls lieber als Leitfigur der westlichen Verteidigungsallianz anerkennen denn seinen Vorgänger Bush.

Sarkozys einsamer Plan

Der französische Staatspräsident bereitet den Schritt einsam, aber konsequent schon seit langem vor. Als Kandidat hatte er einen Passus über die rasche Wiederkehr in das integrierte Militärkommando im März 2007 vorsichtshalber kurzfristig aus seiner programmatischen Rede zur Verteidigungspolitik gestrichen, um polemischen Debatten aus dem Weg zu gehen. Sein eigener Verteidigungsminister war überrascht, als Sarkozy bald nach der Wahl in kleinem Kreis seine Zielvorstellungen darlegte. Im August 2007 sprach der Präsident die Vollmitgliedschaft erstmals öffentlich an. Zeitweilig wollte Sarkozy die französische Ausnahmestellung in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ursprünglich schon beim Nato-Gipfel 2008 in Bukarest beenden.

Der französische Sonderweg in der Verteidigungspolitik beruht – wie Historiker anhand der aussenpolitischen Archive nachweisen – auf einer Fehleinschätzung des damaligen Staatspräsidenten. Vor dem Hintergrund seiner schlechten Beziehungen zu Johnson stützte de Gaulle seine Rückzugsabsichten auf drei Argumente: Erstens sei Frankreich als Atomstreitmacht nicht

auf die Amerikaner angewiesen. Zweitens herrsche im Osten Tauwetter, das mittelfristig zu einem Rückzug sowohl der sowjetischen wie der amerikanischen Streitkräfte aus Europa führen werde. Drittens bestehe das Risiko, dass Frankreich unter amerikanischem Oberkommando in Militäroperationen verwickelt werde, die nicht in seinem Interesse lägen. Der Kernpunkt von de Gaulles Argumentation war spätestens nach dem gewaltsamen Abbruch des Prager Frühlings von 1968 hinfällig:

HACHREZ

Von Tauwetter im Osten konnte Ende der Sechzigerjahre wahrlich keine Rede sein.

Jeder einzelne von de Gaulles Nachfolgern – Pompidou, Giscard d'Estaing, Mitterrand und Chirac – traf Entscheidungen, die das Gründungsmitglied Frankreich immer näher an die Vollmitgliedschaft in der Nato zurückführten. Gleichzeitig schrumpfte der Anteil der Verteidigungsausgaben in einem Mass, dass die stolze Behauptung von der militärischen Eigenständigkeit immer unglaubwürdiger wurde: 1966 entsprachen die französischen Verteidigungsausgaben 5 Prozent des Bruttoinlandprodukts, 2008 nur noch 1,7 Prozent.

Stärkeres Europa

Kann Frankreichs Vollmitgliedschaft in der Nato der eigenständigen europäischen Verteidigungspolitik die Impulse geben, die Sarkozy als

Hauptargument für seine Entscheidung ins Feld führt? Die anderen Europäer haben sich noch nicht festgelegt. Gewiss ist Sarkozys Analyse richtig, dass sie bislang alle französischen Vorstösse misstrauisch auf mögliche Hintergedanken gegen die Nato begutachtet haben. Das wird nun anders. Ob Frankreichs Schritt die europäische Verteidigung am Ende stärkt, hängt vom politischen Willen der Europäer ab – und vom Geld. Zu den Kosten jedoch wird allseits fein geschwiegen.



STARKE GEWERKSCHAFTEN ALS SCHUTZ GEGEN EINE DEPRESSION?

## Flexible Arbeitsmärkte werden zum Handycap

Von Philipp Löpfle

Die USA richten derzeit in Sachen Konjunkturprogramm mit der viel grösseren Kelle an als Europa. Gemäss einer Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) werden sie 2009 Schulden in der Höhe von rund 12 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) machen, um der Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Zum Vergleich: In dem als «staatsgläubig» verschrienen Frankreich sind es bloss 5,5 Prozent. Ein Grund für diese Diskrepanz ist etwas, das lange verpönt war: ein besser ausgebauter Sozialstaat.

In den letzten Jahren hat jeder neoliberale Ökonom gepredigt: Die Arbeitsmärkte müssen flexibler werden, wenn der Wohlstand steigen soll. Die

USA machten es vor; Gewerkschaften haben kaum mehr Einfluss, die Arbeitsmärkte sind dereguliert. Die Folgen waren lange eine boomende Wirtschaft, sinkende Arbeitslosigkeit und steigender Wohlstand. Wenn ein Land von der Globalisierung profitieren wollte, musste es daher die Gewerkschaften zurückbinden, weil sich diese stur gegen flexible Arbeitsmärkte stemmen.

Bloss Kosten für den Steuerzahler

Die soziale Marktwirtschaft mit ihren starken Gewerkschaften wurde zunehmend als eine europäische Krankheit verurteilt. Warum soll der Staat eine allgemeine Krankenversicherung sichern, Arbeitslose grosszügig entschädigen und Arbeitnehmer gegen Entlassungen schützen? Das kostet den Steuerzahler bloss viel sauer verdien-

tes Geld, das für den Schlendrian von Bürokraten verschwendet oder gar von Sozialabzockern missbraucht wird. Tatsächlich ist ein Sozialstaat nicht gratis zu haben: In Deutschland beispielsweise beträgt der Steueranteil an den Arbeitskosten rund 52 Prozent, in den USA bloss 30 Prozent. Warum also nicht die Wirtschaft von diesem Wettbewerbsnachteil befreien?

Jetzt haben sich die Dinge in ihr Gegenteil verkehrt. Eine weltweite Rezession droht in eine Depression auszuwachsen. Ausgelöst wurde sie durch eine Schulden-Deflation, die der Wirtschaft immer mehr zusetzt. Das heisst: Überschuldete Haushalte und Unternehmen müssen Vermögenswerte verkaufen, das lässt die Preise sinken und führt zu noch mehr Verkaufsdruck.

Flexible Systeme passen sich rasch an, auch an unheilvolle Entwicklungen.

Sie können die negative Spirale einer Schulden-Deflation nicht bremsen.

Automatische Stabilisatoren

Um einen ungebremsten Fall in die Depression zu verhindern, braucht es eine Art Stromunterbrecher, die diese sich selbst verstärkende Entwicklung verzögern. Und, Sie haben es erraten: Genau diese Stromunterbrecher sind die unflexiblen Elemente eines Sozialstaats: Arbeitslosen- und Krankenkasse, Mindestlöhne, Sozialpläne etc. – im Fachjargon werden sie «automatische Stabilisatoren» genannt – sind jetzt nicht mehr Wohlstandsverhinderer, sondern Wohlstandserhalter. Fehlen diese automatischen Stabilisatoren, dann muss der Staat im Kampf gegen die Depression eine noch grössere Last schultern. Das ist mit ein Grund, wes-

halb die ultraliberalen USA jetzt viel grössere Konjunkturpakete schnüren müssen als Europa.

Das wiederum hat zu einem Umdenken in Sachen Gewerkschaften geführt. Die Regierung Obama will ein neues, gewerkschaftsfreundliches Gesetz einführen, den sogenannten Employee Free Choice Act. Damit soll der Beitritt zu Gewerkschaften erleichtert und ihr Einfluss erhöht werden. Die amerikanischen Gewerkschaften sind heute ausgeblutet: Nur noch rund 8 Prozent der Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert, 1952 lag der Anteil noch bei über 35 Prozent.

Das neue Gesetz löst bei den Experten kein Entsetzen aus. Im Gegenteil: Rund vierzig führende amerikanische Ökonomen, darunter drei Nobelpreisträger, haben sich in einer Erklärung dafür ausgesprochen.